

Lokus-Lektüre

Liberal, leicht bekömmlich, lösend in der Wirkung

Nach einigen Jahren Frischluft ist es wieder so weit: Auch der Liberale ist ein «Linker» - links im Sinne von aufmüpfig gegen die Allmacht von Überlieferungen und vermeintlich ewigen Wahrheiten.

Vor der Aufnahme in ihren Denkorganismus verdauen Liberale das Hergebrachte. Nicht mehr Verwertbares scheiden sie aus. Es gehört in den Lokus. Auf dem Lokus hilft die Lektüre dieses kleinen, nicht lückenlosen ABCs hoffentlich, diesen Vorgang etwas zu erleichtern.

Ein liberales ABC, das einige Kernüberlegungen darlegt, ohne sie zu mystifizieren. Rund 1500 Zeichen pro Text reichen dafür gut aus.

Als Kolumnen sind die Texte alle erschienen, und zwar im nur scheinbar belanglosen Birsigtalboten – vulgo BiBo. Das Wochenblättchen ist der Amtsanzeiger der Gemeinden Bottmingen, Ettingen, Oberwil und Therwil sowie der Kirche.

Im Folgenden finden Sie eine Auswahl dieser kurzen Beiträge. Aktualitätsbezüge, die sich überdauert haben, sind gestrichen.

Lokus-Lektüre

Liberal, leicht bekömmlich, lösend in der Wirkung

Der Autor

Fritz Vischer wirkt heute als Texter und Redaktor. Schwerpunkte sind die Produktion von Fachtexten, die Redaktion und Gestaltung (Ghostwriting) von Texten, Homepages sowie die Mitwirkung und das Lektorat bei Buchprojekten. Er hat langjährige Berufserfahrung im Anlagegeschäft. Seine Grundlagen sind eine Bank- sowie später eine Publizistikausbildung.

Inhalt

1	Autonomie	5
2	Besinnlichkeit	6
3	Die Besten bitte in der Nähe	7
4	Chancengleichheit	8
5	Ecopop	9
6	Energierrechnung	10
7	Frauenpower	11
8	Gold	12
9	Konsensus	13
10	Liberal	14
11	Medikamentenpreise	15
12	Nachhaltigkeit	16
13	Nase vorn	17
14	Neoliberal	18
15	Pauschalbesteuerung	19
16	Prickeln soll es	20
17	Qualität kommt vor Quantität	21
18	Regulierung	22
19	Selbstverantwortung	23
20	Silvester	24
21	Staunen und Hinterfragen	25
22	Steuern und Wahlen	26
23	Verzichten statt Verbieten	27
24	Wählen, aber auch teilen	28
25	Zivilgesellschaft	29

Kolumne

Autonomie

Jeder ist sich selbst verantwortlich. Im gelebten Leben bedeutet das: Jeder Mensch gestaltet sein Leben so, wie er das will und kann. Nach diesem wichtigen Grundsatz organisieren die Liberalen auch das Gemeinwesen. Probleme und Herausforderungen sind dort anzugehen, wo die Kenntnisse über die lokalen Verhältnisse am besten sind: Auf Gemeindeebene. Was die Gemeinde aus eigener Kraft nicht stemmen kann, überlässt sie der nächst höheren Gebietskörperschaft. In der Schweiz sind das die Bezirke und die Kantone, die ihrerseits übergeordnete Aufgaben an die Bundesregierung, also in unsere Hauptstadt Bern, delegieren. <Demokratie von unten nach oben> nennt sich diese Form, ein Staatswesen nach liberalen Grundsätzen zu organisieren. Es gewährleistet, dass sich alle einbringen und mitwirken können. Markenzeichen eines solchen Staates ist die Gemeindeautonomie. Die Gemeinden als kleinste gemeinschaftliche Zellen regieren sich selbst und haben nicht Weisungen aus fernen Zentralen zu folgen.

Autonomie ist eine der wichtigen, freiheitsorientierten Schöpfungen des liberalen Gedankenguts. Wie im Falle der Chancengleichheit berufen sich heute viele auch auf den Begriff der Autonomie – ohne zu wissen, dass er dem liberalen Schatzkästchen entsprungen ist.

-Vischer
Fritz Vischer
210915

Kolumne

Besinnlichkeit

Besinnliche Weihnachtszeit – das wünschen wir uns jedes Jahr im Hinblick auf Heiligabend.

Zwei arbeitsfreie Tage beschert Weihnachten den Erwerbstätigen. Dazu gehören in der Schweiz 4,925 Millionen Menschen, also 60 Prozent unserer ständigen Wohnbevölkerung. Zu den verbleibenden 40% der Bevölkerung zählen auch geschätzte 230'000 Erwerbslose. So bezeichnen die internationale Arbeitsorganisation in Genf (IAO), aber auch die OECD Menschen, die aktiv eine Stelle suchen, aber keine finden, und die zwischen 15 und 74 Jahre alt sind.

Dieses Altersspektrum regt tatsächlich zur Besinnung an: Erwerbsfähig sind wir also gemäss dieser Definition während 59 Jahren. In unserer realen Arbeitswelt und im politischen Diskurs gelten aber schon 40 Arbeitsjahre als viel. Dabei arbeiten heute bei uns drei von vier Menschen, vielfach sitzend, und in komfortablen Räumlichkeiten. Wer will und auch etwas bieten kann, sollte deshalb durchaus während 59 Jahren, vielleicht auch länger arbeiten dürfen. Dazu müssten wir aber das Pensionsalter sowie die Arbeitszeit- und Lohnmodelle weiter aufweichen und Möglichkeiten schaffen, dass sich Interessierte auch von zu Hause aus einbringen. Je mehr wir uns von starren Regeln und Gesetzen lösen, desto besser können wir uns als Individuen und als Kollektiv entfalten. Zudem weiten wir so auch das Angebot an Kompetenzen aus. Der liberale Weg ist eben der bessere. In diesem Sinne wünschen Ihnen die Liberalen eine schöne, besinnliche Weihnachtszeit.



Fritz Vischer
121214

Kolumne

Die Besten bitte in der Nähe!

Was in unserer Nähe geschieht, betrifft uns unmittelbar. Demzufolge müssten uns die Vorgänge in der Gemeinde und im Bezirk auch am meisten interessieren.

Das Stimm- und Wahlverhalten zeigt aber ein anderes Bild. Bei eidgenössischen und kantonalen Vorlagen und Wahlen ist die Stimmbeteiligung höher als bei Personal- und Sachentscheiden in der Gemeinde. Dieses Verhalten ist im Grunde widersinnig, denn auf Gemeindeebene können wir uns leichter und wirksamer einbringen. Unsere Einflussnahme wird auch spürbar.

Die Gleichgültigkeit gegenüber der Entwicklung in der Gemeinde zeugt aber auch von grossem Vertrauen. Diese Vertrauensseligkeit ist allerdings nur verdient, wenn der Gemeinderat und die verschiedenen Kommissionen sie sich laufend neu erarbeiten. Umso wichtiger ist es deshalb, dass wir in unserem Wohnort auf die besten Leute setzen und sie auch wählen.

Gelegenheit dazu bietet das Wahlwochenende vom 25./26. April 2015.

-Vischer
Fritz Vischer
020415

Chancengleichheit

In genau einem Monat, am Wochenende vom 17./18. Oktober 2015, finden die Eidgenössischen Wahlen statt. Mit Ihren beiden Wahlzetteln bestimmen Sie, liebe Wählende, wer Sie und unseren Kanton in unserer Hauptstadt vertritt. Weder die trendige Haarfärbung noch das kecke Brillengestell der Kandidierenden sind wichtig. Es geht um die Grundhaltung in der Gestaltung unseres Zusammenlebens. Hier gilt auch im Herbst 2015: Der liberale Weg ist der bessere.

Der Liberalismus ist die politische Strömung, dank der es überhaupt Wahlen gibt. Es kann nicht sein, dass schon in der Wiege feststeht, welchen Platz ein Mensch in der Gesellschaft einzunehmen hat. Diese Einsicht trieb im 19. Jahrhundert die Liberalen an, gegen die verankerten Vorrechte gewisser Gruppierungen zu kämpfen. In der Gesellschaft, die ihnen vorschwebte, sollen und dürfen alle mitwirken und sich nach eigenem Gutdünken entfalten können. Dem Konzept unserer Volksschule, die selbstverständlich allen offen steht, liegt genau diese Vision zugrunde. Aus ihr hat sich erst im Laufe des 20. Jahrhunderts das politische Schlagwort Chancengleichheit gebildet.

Was wir heute Chancengleichheit nennen, ist also eine urliberale Grundidee. Ihr verdanken wir unser allen zugängliches Bildungssystem. Auch nach der Schule sollen sich aber alle so entwickeln können, wie sie selbst – und nicht andere – es für richtig halten. Dieser Marschrichtung folgen liberale Volks- und Standesvertreter auch heute. Sie hat zu allgemeinem Wohlstand geführt und stellt sicher, dass wir an der Spitze bleiben.



Fritz Vischer
140915

Kolumne

Ecopop

Ecopop – so könnte auch eine jamaikanische Reggea-Band heissen. Tatsächlich steht der Name aber für *écologie et population*. In dieser Vereinigung ist aber völkerverbindende rhythmische Musik nicht das Thema. Im Gegenteil: Gemäss ihrer Initiative müsste der Bund die Familienplanung dieser Musiker fördern. Schliesslich stammen sie aus einem Entwicklungsland, und sie sollen sich nicht unökologisch vermehren. Auch in die Schweiz kommen sie besser nicht, denn die Initiative beschränkt die Zuwanderung auf 0.2 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung, aktuell also rund 16'000 Personen. Diese prozentuale Begrenzung der Zuwanderung bedeutet in der Praxis: Je emsiger wir selbst uns vermehren, desto mehr dürften auch zuwandern. Eine schräge Logik, denn tatsächlich läuft's grade umgekehrt: Die Zuwandernden schliessen die Lücken, die wir laufend schaffen. Wir haben wenig Kinder, aber Bedürfnisse in einem Ausmass, als hätten wir viele. Zugegeben, diesen Zielkonflikt könnten wir lösen, indem wir einfacher leben und unsere Bedürfnisse reduzieren – darunter auch die gesundheitlichen und nicht nur die Konsumwünsche. Wollen wir das? Wohl kaum. Nein zur Ecopop-Initiative!

-Vischer
Fritz Vischer
301114

Kolumne

Energie-Rechnung stimmt nicht

Die Initiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“ verfolgt hehre Ziele. Sie ist aber kompliziert und vermischt verschiedene steuerpolitische Instrumente. Die passende Antwort darauf besteht aus vier Buchstaben: NEIN!

Unsere steuerpolitischen Instrumente gleichen sich Gewohnheiten an, die wir aus unserem Alltagsleben bestens kennen: Ob in der Familie oder in der Arbeitswelt, trachten wir immer danach, dass sich alle gewissen Spielregeln anpassen. Das entsprechende steuerpolitische Instrument ist die *Lenkungsabgabe*. Sie steuert uns über das Portemonnaie so, dass wir im Sinne der Gemeinschaft handeln. Ebenso vertraut ist uns die Idee, vorbildliches Verhalten zu belohnen. In der Fiskalpolitik würde das der vorübergehenden *Steuerbefreiung* und - vielleicht auch - der *Subvention* entsprechen.

Gleichermassen wissen wir, dass alle einen Grundbeitrag zum Gedeihen der Gemeinschaft als Ganzes leisten sollen. Diese Überlegung setzt die *Mehrwertsteuer* um. Ihr soll wie im familiären Küchendienst niemand entrinnen. Sie soll aber wie jede Abgabe und Steuer auch nicht so hoch sein, dass niemand mehr den Finger rührt.

Übertragen wir das auf die Initiative der Grünliberalen: Sie schlagen uns vor, den Küchendienst abzuschaffen. Dafür erziehen sie uns mit hohen Lenkungsabgaben so, dass wir langfristig kein stinkendes Benzin und andere nicht erneuerbare Energien mehr verbrauchen. Die Einnahmen aus dieser Lenkungssteuer müssen also zwangsläufig sinken, was ja im Grunde das Ziel ist. Gleichzeitig brauchen wir aber dieses Geld, damit der Bund seine Aufgaben erfüllen kann. Gehen Sie mit uns einig, dass die scheinbar stimmige grünliberale Rechnung nicht ganz aufgeht?

-Vischer
Fritz Vischer
190215

Kolumne

Frauenpower

Frauen haben nicht den Platz einzunehmen, den ihnen eine von Männern dominierte Gesellschaft zuweist. Sie bestimmen ihr Leben selbst. Heute ist diese Einsicht für uns alle eine Selbstverständlichkeit. Wie die Chancengleichheit und die Autonomie entspringt auch sie der Schatztruhe liberaler Visionen. In der idealen liberalen Gesellschaft dürfen und sollen alle den Platz einnehmen, den sie sich aus eigenem Antrieb suchen. Es gibt weder zugewiesene noch reservierte Plätze. Ein liberal organisiertes Gemeinwesen trachtet danach, diesem Grundsatz nachzuleben, und liberale Politiker unternehmen alles, um ihn noch besser zu verankern.

Nun wissen wir alle, dass es sogar in den angelsächsischen Ländern dauerte, bis sich nur schon die Gleichberechtigung der Frauen durchzusetzen vermochte. Die tatsächliche Gleichstellung ist noch heute nicht vollumfänglich umgesetzt. Der Liberalismus ist eben keine ideologische Dampfwalze, die rücksichtslos alles Herkömmliche plattdrückt. Vielmehr fügt er sich in die gegebene soziale Landschaft ein. Der liberale Weg ist deshalb nicht in allen Fragen der direkteste und schnellste, aber immer der bessere. Er setzt auf Einsicht und nicht auf Zwang. Aus diesem Grunde sind liberale Politiker auch keine Parteisoldaten. Sie alle sind autonome Persönlichkeiten, die sich ihr Urteil selbst fällen. Auch Sie, liebe Wählerinnen und Wähler, fällen Ihr Urteil selbst und wollen das auch in Zukunft. Deshalb schlagen Sie am besten den liberalen Weg ein. Er ist der bessere.

-Vischer
Fritz Vischer
051015

Kolumne

Gold: Die Initiative ist gefährlich

Am 30. Juni 2014 hatte die Schweizerische Nationalbank Vermögenswerte von 508 Milliarden Franken. Die Gold-Initiative fordert, dass sie davon mindestens 20 Prozent in Gold zu halten hätte. Das wären 102 Milliarden. Tatsächlich hat sie aber nur Gold für 40 Milliarden Franken. Sie müsste also gemäss Initiative innert zwei Jahren Gold für 62 Milliarden Franken kaufen. Für alle Goldhändler dieser Welt wäre das wie Weihnachten und Geburtstag in einem, denn das Wissen, dass unsere Nationalbank unter Kaufzwang steht, ist für sie Gold wert. Schon diese Umsetzungsproblematik spricht gegen die Gold-Initiative. Schwerwiegender ist aber, dass sie einen wichtigen Pfeiler unserer Wirtschaftsordnung untergräbt: Die Unabhängigkeit der Nationalbank. Nur so kann sie die Geldwertstabilität und die Geldversorgung auf Dauer gewährleisten. Auf - wie auch immer begründete - Wünsche von Gruppierungen darf und kann sie nicht eintreten. Wir tun gut daran, an diesem wohlstandssichernden Pfeiler nicht zu rütteln. Die Wünsche der Gold-Initiative beantworten wir deshalb mit einem Nein.

-Vischer
Fritz Vischer
301114

Kolumne

Konsensus

Zehn Tage sind seit dem letzten Wahl- und Abstimmungswochenende verstrichen. Wiederum haben jeweilige Mehrheiten <Siege> errungen, und die Minderheiten <Niederlagen> erlitten. Die vielen, in demokratischen Auseinandersetzungen entstandenen Mehrheiten lassen uns vergessen, was das letztendliche Ziel sein müsste: Der Konsensus, also der einvernehmlich oder einstimmig erzielte Entscheid, den alle mittragen. Mit dem Mehrheitsprinzip bleiben wir auf halbem Wege zu diesem Ideal stehen. Das lässt sich kaum vermeiden, ist aber im Grunde genommen schade. Wohlweislich halten wir uns deshalb im kleinen Kreise meistens an das Konsensprinzip, um alle einzubinden und niemanden zu erdrücken. Wir wissen, dass Gemeinschaften jeder Art ihre Ziele im Einvernehmen am besten erreichen. Auch gut geführte Stiftungen und Vereine streben in der Regel einstimmige Entscheide an. Schwenken sie auf das gesetzlich zulässige Mehrheitsprinzip um, führt das oft zum Krach.

In unserem politischen System schwächen wir das Gewicht bevormundender Mehrheiten mit zwei Korrektiven ab: Bei Wahlen in Gremien, die das Volk in seiner Gesamtheit vertreten sollen, ist es das Proporzverfahren und bei eidgenössischen Abstimmungen das Ständemehr. So können wir auch die Interessen von Minderheiten in die Willensbildung einbeziehen. Das ist gut so, denn je mehr sich Wahl- und Abstimmungsergebnisse dem Konsensus annähern, desto beständiger sind sie. Je weiter weg sie davon sind, desto grösser die Gefahr, dass sie schon bei geringfügiger Veränderung der Mehrheitsverhältnisse umgestossen werden. Diese Erfahrung sollten wir uns immer wieder in Erinnerung rufen.

-Vischer
Fritz Vischer
100315

Kolumne

Liberal - der bessere Weg

Lassen wir Wassersysteme ungehindert strömen, so neigen sie dazu, Gebiete immer wieder zu überfluten. Das wollen wir nicht. Deshalb lenken wir sogar unseren scheinbar harmlosen Marbach so, dass er sich zu seinem und unserem Wohl entfalten kann. Er soll frei, aber sinnvoll fließen - nötiges Wasser spenden, überschüssiges aufnehmen. Als Mittel dazu überlassen wir ihm ein freies und meistens hinreichend grosses Bachbett, aber auch ein kürzlich erbautes Auffangbecken für allfälliges Hochwasser. Dämmen wir ihn zu fest ein, so verschliessen wir ihm Zu- und Abflüsse. Als Folge würde er vertrocknen, wenn Niederschläge ausbleiben und - umgekehrt - bei anhaltendem Regen schnell ausufern. Immer häufiger beobachten wir in der Natur solche Vorgänge, und wir erleben sie auch in unserer Gesellschaft, obschon wir genau das nicht wollen. Wider besseres Wissen haben wir uns in manchen Lebensbereichen förmlich kanalisiert.

Wahljahre sind die Gelegenheit, dieser lähmenden Eingengung entgegen zu wirken. Der feinfühligere Umgang mit der Freiheit bestimmt das Wohlergehen unseres Gemeinwesens in entscheidender Masse.

-Vischer
Fritz Vischer
051214

Kolumne

Medikamentenpreise

Wir finden es selbstverständlich, dass sich die Suche nach neuen Ölfeldern bei steigenden Erdölpreisen intensiviert. Schliesslich rechnen sich die Investitionen nur, wenn der Preis auf dem erhöhten Niveau verharrt oder im Idealfall weiter steigt.

Dieser Gesetzmässigkeit unterliegt auch der Markt für Pharmazeutika. Aufgrund seiner Eigenheiten mit Patenten und Regulierungen erstrecken sich aber in diesem Markt die Produkt- und Preiszyklen über Jahrzehnte. Zudem bedeutet abnehmende Investitionsneigung nicht, dass die Regale in den Apotheken plötzlich leer sind, sondern dass weniger echte Neuentwicklungen auf den Markt kommen.

Wie beim Erdöl finanzieren wir mit dem Geld, das wir heute für pharmazeutische Produkte zu zahlen bereit sind, das Angebot von morgen. Ausschlaggebend ist bei Pharmazeutika allerdings nicht die Menge, sondern die Qualität: Je höher sie ist, desto breiter wird das Spektrum an wirksam therapierbaren Krankheiten. Nach 10, 15 Jahren – in Einzelfällen vielleicht berechtigtem - Druck auf die Arzneimittelpreise wird dieser Zusammenhang jetzt spürbar. Eine Binsenweisheit verschärft die Situation zusätzlich: Alles, was leicht ist, ist längst erfunden. Das Schwierige und Komplexe scheut die pharmazeutische Industrie unter den heutigen Preisaussichten und Zulassungsbedingungen. Deshalb mangelt es an dringend benötigten neuen Antibiotikas und im Falle der neurologischen Krankheitsbilder ist es noch dramatischer: Es gibt hier praktisch nichts. Sie nehmen aber bedrohlich zu, verursachen unendliches Leid und gigantische Kosten. Als Einzelmärkte für Therapieangebote sind sie aber für Investoren riskant – zu riskant unter den gegenwärtigen Bedingungen.



Fritz Vischer
221012

Kolumne

Nachhaltigkeit

Nachhaltig ist es, nur so viel Holz zu schlagen, wie Bäume nachwachsen können. Diese Einsicht setzte sich 1713 im Fürstentum Sachsen durch und prägt seither den Nachhaltigkeitsbegriff. Wer nachhaltig handelt, denkt also auch an morgen. Gleichermassen berücksichtigt er nebst wirtschaftlichen auch ökologische und soziale Kriterien, und dies mit dem Ziel, den Handlungsspielraum künftiger Generationen nicht einzuschränken. Ein weiteres wichtiges Kriterium ist die ausgewogene Verteilung und Kontrolle der Macht. Von <Governance> ist in diesem Zusammenhang die Rede. Verschiedenste Kriterien bestimmen also die Nachhaltigkeit. Sie ist somit nicht nur eine ethisch begründete Leitlinie, sondern eine systemische Denkweise. Dank ihr wird uns bewusst: was immer wir tun, es wirkt auf das System ein, das uns umgibt, dem wir aber auch angehören. Eine nachhaltig ausgerichtete Gesellschaft vernachlässigt niemanden und denkt immer an ihre Nachkommen. Sie wird deshalb auch zu ihrer natürlichen Umwelt Sorge tragen. Diese Ausrichtung ist im Grunde unbestritten. Politisch umstritten ist dagegen, wie wir sie umsetzen. Belehrende und scheinbar unumstößliche Schlussfolgerungen vertragen sich schlecht mit systemischem Denken. Der liberale Weg kennt deshalb keine verordneten Marschrouten, sondern nur Wegweiser. So bleibt es dem Einzelnen überlassen, seinen Weg zu finden. Begeht er ihn rücksichtsvoll und mit Köpfchen, kommt er nachhaltiger voran. Auf unsere Gesellschaft übertragen, bedeutet das: Wir sollten sorgsam mit uns und unserer Umwelt umgehen und unseren Erfindungsgeist einschalten. Er ist der beste Begleiter auf der Suche nach Lösungen, die sich auch ohne Vorschriften durchsetzen.

-Vischer
Fritz Vischer
220116

Kolumne

Nase vorn!

Stellen sie sich vor, der Euro kostet zwei und nicht nur einen Franken. Für die Grenzgänger aus Deutschland und Frankreich wären unsere Löhne nur bedingt attraktiv. Dafür kämen aus diesen und andern Ländern scharenweise Touristen und würden sich über das gute Preis-Leistungsverhältnis freuen. Unsere Exporteure könnten auch Zweitklassiges ins Ausland liefern. Alle wären zufrieden?

Genauso hat die Schweiz in den vermeintlich guten alten Zeiten wirtschaftlich getickt. Der Franken war unterbewertet. 1973 krachte das System der fixen Wechselkurse aber endgültig zusammen. Seither müssen wir hart dran, denn nur für Spitzenprodukte zahlen Ausländer unsere hohen Preise.

Zu tiefe Wechselkurse sind typisch für Volkswirtschaften, die im Vergleich zu ihren Konkurrenten etwas im Rückstand sind. Auf Dauer ist das kein gutes Rezept. Besser ist es, im Vorsprung zu sein und zu bleiben. Vorsprung bedeutet hohe Qualität in allen Lebensbereichen und nicht nur in der Exportwirtschaft. Also auch im Bildungswesen, im Umweltschutz, im Gesundheitswesen und natürlich in der Organisation unseres Gemeinwesens und in der Justiz. Wenn wir überall die Nase vorn haben, schaffen wir uns ohne einengende Bestimmungen und lähmende Regulierungen ein Klima, in dem es sich besser lebt und arbeitet als anderswo.

-Vischer
Fritz Vischer
050215

Kolumne

«Neoliberal»

Im Register der politischen Schimpfwörter hat der Begriff «neoliberal» seinen festen Platz. Was es zu schimpfen gibt, steht aber nicht fest. Bis Ende der 1970er-Jahre hatten sich im «kapitalistischen» Westen in vielen Lebensbereichen politisch geduldete Monopole und Oligopole gebildet. Dem weit verbreiteten Diktat – natürlich überhöhter – «offizieller Listenpreise» konnten die Konsumenten kaum entinnen. Lange Telefonate waren ein Luxus, Fliegen unerschwinglich, für Bankdienstleistungen und viele Versicherungspolizen galten landesweite Einheitspreise. Hartnäckige Inflation und schwindende Kaufkraft waren die Folge.

Dagegen richteten sich die liberalen Reformen. Die Preise für Güter und Dienstleistungen sollen sich wieder frei und im Markt bilden – und weder in den Zentralen von Monopolen und Kartellen noch in Amtsstuben. Diese Rückbesinnung auf den Kerngedanken liberaler Wirtschaftsordnung liess das Spiel der Kräfte wieder aufleben. Im freien Wettbewerb bildeten sich die Preise und im Gefolge auch die Teuerung zurück. Dafür stieg die Kaufkraft in praktisch allen westlichen Ländern. Mit der Globalisierung wuchs diese liberale Neuorientierung ab Mitte der neunziger Jahre in neue Dimensionen, und zwar zum Wohle vieler auf dieser Welt. Eine Entwicklung hin zum Wohle *möglichst* vieler oder gar zum Wohle *aller* ist aber das liberale Fernziel. Seit jeher und nicht «neo»! Es muss uns gelingen, das noch immer krasse Entwicklungs- und Wohlstandsgefälle zu vermindern. Dabei passt sich der liberale Weg zu diesem Ziel immer den regionalen Gegebenheiten an.

-Vischer
Fritz Vischer
161115

Kolumne

Pauschalbesteuerung ist Kantonssache

„Steuerprivilegien für natürliche Personen sind unzulässig“ – der entscheidende erste Satz der Initiative gegen die Pauschalbesteuerung verfolgt das hehre Ziel der Gerechtigkeit. Deshalb waren sich die Stimmbürger von Baselland und Basel-Stadt am 23. September 2012 für einmal einig: Sie schafften die Pauschalbesteuerung ab und folgten so den Zürchern, Schaffhausern sowie den Appenzellern. Alle andern Kantone kennen das offiziell als „Besteuerung nach Aufwand“ bezeichnete Instrument noch immer. Es ist ein simples Veranlagungsverfahren, dessen Grundlage die Wohnsituation ist: Je aufwändiger, also protziger, sie ist, desto mehr Steuern sind geschuldet. Offen steht dieses Verfahren nur Ausländern, die hier nicht arbeiten dürfen. Sie nehmen also niemandem von uns etwas weg, aber sie bringen uns Geld. Namentlich für strukturschwächere Kantone ist dieses Verfahren ein zweckmässiges Instrument zur Generierung zusätzlicher Einnahmen. Bei allem Respekt vor Gerechtigkeitserwägungen ist es widersinnig, ihnen diese Möglichkeit zu nehmen, ohne taugliche Alternativen aufzuzeigen.

-Vischer
Fritz Vischer
301114

Kolumne

Prickeln soll es!

Schon bald knallen die Korke, und wir prickeln ins neue Jahr. Position 2204.1000, „Schaumwein aus frischen Trauben“ in der Statistik der eidgenössischen Zollverwaltung fasst unseren Hang zu prickelnden Ritualen in Zahlen: Allein bis Ende Oktober 2014 haben wir rund 13.7 Millionen Liter Schaumwein importiert. Bis Ende Jahr werden es über 17 Millionen Liter sein. Am beliebtesten ist mit einem Anteil von 55 Prozent der italienische Prosecco. Es folgt der französische Champagner mit 25 Prozent. Weitere 17 Prozent entfallen auf den spanischen Cava und den deutschen Sekt. EU-Europa befriedigt unsere Schwäche für Schaumwein zu fast 100 Prozent, bei den Importen insgesamt sind es 74 Prozent.

Wir können uns das leisten, solange zwei Voraussetzungen erfüllt sind: Die Handelsströme müssen immer so fließen können wie zuweilen der Champagner. Zweitens müssen auch wir Spezialitäten herstellen, die uns unsere Handelspartner gerne abkaufen. Unser eigener Schaumwein gehört nicht dazu. Davon exportierten wir in den ersten zehn Monaten 2014 grade mal 87'517 Liter. Dagegen waren chemisch-pharmazeutische Produkte im Wert von 72.2 Milliarden Franken unser grösster Exportschlager. Unsere Region profitiert unmittelbar von dieser Spitzenleistung der bekannten grossen und zahlreicher kleinerer Firmen. Wir bieten ihnen und ihren Mitarbeitern, was sie brauchen, um innovativ und konkurrenzfähig zu bleiben. Deshalb sind sie hier und tragen dazu bei, dass es bei uns auch im übertragenen Sinne immer prickelt. Zum Wohl (!) – von uns allen natürlich.

Um diesen Erfolgskurs halten zu können, ist der liberale Weg der bessere. Denken Sie auch im neuen Jahr daran. Wir wünschen Ihnen einen guten Start!

-Vischer
Fritz Vischer
181214

Kolumne

Qualität kommt vor Quantität

Eine Stadt zu sein, ist kein zwingendes Ziel. Wichtig ist es dagegen, dass sich alle mit unserer Gemeinde verbunden fühlen. Ein vielfältiges Vereins- und Dorfleben trägt dazu wesentlich bei. Es braucht aber auch ein attraktives Angebot an Geschäften und Dienstleistungsbetrieben. Dazu zählt nicht zuletzt auch die Versorgung, welche die Gemeinde für uns alle in guter Qualität und zu vernünftigen Preisen erbringt. Die Wahrnehmung der Interessen von Familien und Kindern ist eines von vielen Beispielen. Wer hier punktet, zieht Menschen an, die sich wohl fühlen und deshalb sesshaft bleiben. So wird eine Gemeinde statistisch gesehen plötzlich zur Stadt, ohne die angenehmen Eigenheiten eines überschaubaren Dorfs zu verlieren.

-Vischer
Fritz Vischer
150115

Kolumne

Regulierung

Was sich in Gemeinschaften nicht von selbst fugt, müssen wir eben regeln. Ein Beispiel ist die „Verordnung in betreff des Trommelns“, welche Basel 1852 erliess, um die schreckhaften Pferde vor zu häufiger Trommelmusik zu schtzen. In Baselland und der übrigen Schweiz gab es <betreff Trommelns> nie was zu verordnen, weil diese Musik das Zusammenleben von Mensch und Tier nicht beeinträchtigt hat. 2011 sahen das auch die Basler ein und hoben die Verordnung auf.

Unnötige Regelungen behindern den natürlichen Gang der Dinge, statt ihn zu fördern. Das gilt auch im Wirtschaftsleben. Niemandem würde es einfallen, die Preise <in betreff des Flohmarkts> oder <in betreff Gebrauchtwagen> zu verordnen. Wir feilschen gerne darum! Die ausgehandelten Preise sind die richtigen, weil sie die Interessen aller Beteiligten am besten abbilden. Wir müssen aber anerkennen, dass sich die Preise nicht - oder nicht mehr - überall frei bilden können. Dort und nur dort müssen wir eingreifen. Die entsprechenden Verordnungen <in betreff Schutz des Marktes> sind Regulierungen, also Gesetze gegen Monopole, Oligopole und andere Formen von Marktversagen.

Im Gesundheitsmarkt wollen wir allerdings gar nicht, dass sich die Preise frei bilden. Er ist reguliert, damit er immer allen offensteht. Gut so! Trotzdem fällt auf, dass diese regulierten Preise sehr hoch sind. Vergleichbares gilt für die Preise unserer Landwirtschaftsprodukte. Regulierungen begünstigen ungesunde Verzerrungen, die oft weitere Regulierungen nach sich ziehen. Geht es ihnen wie der Basler Trommelverordnung, binden sie uns während 159 Jahren. Im Zweifelsfalle ist deshalb der liberale Weg des freien Marktes immer der bessere.

-Vischer
Fritz Vischer
071215

Kolumne

Selbstverantwortung

Was spricht dagegen, sich am Arbeitsplatz für Verbesserungen einzusetzen, statt über den unverbesserlichen Chef zu schimpfen? Wer hindert uns daran, uns selbst politisch einzubringen, damit <die da oben> eben nicht <sowieso machen, was sie wollen>? Warum zögern wir, ein eigenes Unternehmen zu gründen?

Zur Beantwortung solcher Fragen ist der liberale Weg der bessere. Um ihn zu beschreiten, braucht es aber den nötigen Drang, in eigener Verantwortung zu handeln. Genau das fällt uns aber zunehmend schwer. Allzu gerne unterstellen wir uns vermeintlich unabänderlichen Sachzwängen. Mit dieser Einstellung lenken wir unsere Aufmerksamkeit immer mehr darauf, wie wir uns im Geflecht von Ansprüchen, Anreizen und Vorgaben am leichtesten durchschlagen können. Der Weg des geringsten Widerstandes führt aber selten zum aussichtsreichsten Ziel.

Wer sein Leben aktiv gestalten will, wählt seinen eigenen Weg. Dieser Kerngedanke steht hinter dem Begriff der Selbstverantwortung. Selbstverantwortlich handelnde Menschen sind nicht träge Leistungsbezüger, sondern tatkräftige Schmiede ihres eigenen Glücks. Diese Grundhaltung beinhaltet auch, denen zu helfen, denen dieses Glück unverschuldet nicht vergönnt ist, denn Mitverantwortung prägt das liberale Gemeinwesen gleichermaßen. Das ehemals monarchistische Europa mit seinen nachfolgenden Diktaturen unterschiedlichster Färbung hat die Vision des selbstbestimmten Bürgers nicht gefördert. Mag sein, dass das zuweilen auch auf uns abfärbt. Umso dringlicher, aber herzlich sind Sie, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, eingeladen, den liberalen Weg zu begehen. Er ist der bessere.

-Vischer
Fritz Vischer
301115

Kolumne **Silvester**

In *Meyers Konversations-Lexikon* von 1889 ist unter <Silvester> folgendes zu lesen: „Papst 314 bis 335, soll der Sage nach den kranken Kaiser Konstantin getauft und von ihm das sogenannte Patrimonium Petri zum Geschenk erhalten haben. Er starb am 31. Dezember 335 und wird als Heiliger verehrt.“ Dieser Pontifex gibt also dem heutigen Abend seinen Namen. *Der Grosse Brockhaus* von 1934 führt zusätzlich den Begriff <Sylvesterabend> ein und schreibt dazu: „Im Volksglauben und -brauch dient dieser Tag besonders der Zukunftserforschung. Böse Geister und Dämonen vertreibt man durch Lärmen, Schiessen und Vermummungen.“

Wer sich in der Politik einbringt, erforscht die Zukunft nicht nur, sondern kann sie auch gestalten: Mit stiller Einflussnahme an der Wahl- und Stimmurne, aber auch durch vernehmbare Mitwirkung in Gremien - ohne sich vermummen, lärmern oder schiessen zu müssen. Das ganze Jahr hindurch!

Wir wünschen Ihnen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, einen unbeschwerten Silvesterabend und einen guten Übertritt in ein hoffentlich verheissungsvolles neues Jahr.

-Vischer
Fritz Vischer
311215

Kolumne

Staunen und hinterfragen

Es mag widersprüchlich erscheinen, ist aber Ausdruck gelebter Glaubensfreiheit: Vielerorts feiern wir heute Weihnachten mit allerlei Firlefanz, Geselligkeit und gutem Essen. Dagegen vernachlässigen wir in den festlichen Umtrieben die viel zitierte Besinnlichkeit. Unter dem Jahr kehren wir aber gerne in uns und lassen uns vom Verschlüsselten und Unerklärbaren erschauern. Wir geben uns ergreifenden Naturerlebnissen, berauscher Musik oder zielloser Entspannung hin und schwimmen im unendlichen Fluss der unfassbaren Ewigkeit. Auch die zielgerichtete Nachdenklichkeit pflegen wir: Wir stellen uns immer wieder Fragen, von denen wir genau wissen, dass uns die Antworten darauf verschlossen sind. Dabei gestehen wir uns vielfach nicht ein oder merken gar nicht, dass wir uns mit solchen Handlungen im Grunde religiös ausrichten. Wir streben allerdings nicht nach scheinbar unverrückbaren Wahrheiten, wie sie Religionen zuweilen vertreten. Wir suchen vielmehr die Faszination und die Auseinandersetzung. Das ist gut und tut uns auch gut, und zwar nicht nur im Umgang mit Fragen rund um die Religion und das Universum. Je mehr wir staunen können und auch bereit sind, uns immer wieder zu hinterfragen, umso weniger überschätzen wir uns. Gelegentlich werden wir überheblich und blenden diesen Grundsatz aus. Weihnachten ist die Gelegenheit, ihn wieder zu erleuchten.

Frohe Festtage, wie auch immer Sie diese gestalten!

-Vischer
Fritz Vischer
141215

Kolumne

Steuern und Wahlen

Da ist sie wieder: Die alljährliche Post der Steuerverwaltung mit Einzahlungsscheinen und einer provisorischen Rechnung. Die meisten von uns legen diese Briefsendung, vielleicht etwas missmutig, zu den Pendenzen, wo schon der Stimmrechtsauweis für die Regierungs- und Landratswahlen vom 7./8. Februar liegt. Auch bei getrennter Verwahrung wären die beiden Briefe aber miteinander verhängt. Die Wahlresultate werden sich nämlich auf Ihre künftigen Steuerrechnungen ziemlich direkt auswirken. Stimmt das Preis-Leistungsverhältnis beim staatlichen Angebot an Infrastruktur und Dienstleistungen, bezahlen wir gerne. Stimmt es nicht, so sehen wir uns instinktiv nach Konkurrenzangeboten um.

Ein gewisser Wettbewerbsdruck ist auch in Sachen Steuern gesund. Ungesund wird dieser Druck erst, wenn wir uns mit zu tiefen Steuersätzen oder ständigem Ausbau des staatlichen Angebots gegenseitig ausstechen. Ziel muss es sein, das Gleichgewicht zwischen Wünschbarem und langfristig Bezahlbarem zu finden. Der liberale Weg ist auch hier der bessere.

-Vischer
Fritz Vischer
290115

Kolumne

Verzichten statt verbieten

Der wirtschaftliche Effekt ist derselbe, ob Sie sich mühselig etwas am Maul absparen oder gerne darauf verzichten: Sie konsumieren weniger.

Im Falle der Energie ist der Verzicht der sauberste Weg, denn nicht beanspruchte Energie verschleisst keine Ressourcen und belastet die Umwelt nicht. Diesen Weg zu beschreiten, erfordert kaum Fachkenntnisse und ist jedem von uns offen, zum Beispiel mit der Benutzung energieeffizienter Geräte und Verkehrsmittel, aber auch baulichen Massnahmen.

Dieser Weg ist auch marktwirtschaftlich und verschliesst andere Wege wie von selbst: Nicht zufällig gliedert E.ON, der grösste deutsche Energiekonzern, die Sparten fossile und Atomenergie aus. Sie sind eine zu grosse Last geworden. Die Entwicklung in Frankreich bestätigt das. Der Nuklearkonzern Areva erhält nicht mehr genügend Aufträge und steht vor dem Aus. Der Staat wird das Unternehmen wohl retten (müssen).

Natürlich ist es ohne verbindliche Spielregeln kaum möglich, alle zu vertretbaren Preisen mit möglichst sauberer Energie zu versorgen. Diese Regeln gewährleisten, dass auch die Menschen und Betriebe hinten im Tal und oben auf dem Berg die nötige Energie erhalten. Lenkungsabgaben, also Steuern auf umweltschädigenden Energieträgern, helfen zudem, nachhaltigen Technologien den nötigen Rückenwind zu geben. Mit einer Unzahl von Geboten und Verboten sowie bürokratischen Subventionsmassnahmen verkeilen wir uns aber derart, dass wir zu guter Letzt sogar falsch positionierte Unternehmen stützen müssen. Das wollen wir nicht. Deshalb ist auch in der Energiepolitik der liberale Weg der bessere.

-Vischer
Fritz Vischer
111214

Kolumne

Wählen, aber auch teilen

Das Wahlwochenende der eidgenössischen Parlamentswahlen steht bevor. Denken Sie daran, der liberale Weg ist der bessere! Das belegt nebst vielen anderen Beispielen auch unser Wahlsystem: Sie können Kandidaten für zwei parlamentarische Kammern wählen. Dem System mit zwei Kammern liegt der Gedanke zugrunde, dass wir die Macht auf der obersten Ebene unseres Staatswesens nochmals teilen. Nur so gewährleisten wir, dass die Interessen aller angemessen in die politische Entscheidungsfindung einfließen. Wenn im Nationalrat Mehrheiten aus bevölkerungsreichen Kantonen zu mächtig werden, sorgen unsere Ständeräte für den nötigen Kräfte- und Interessenausgleich. Das verdanken wir dem liberalen Geist unserer Verfassung. Wir bewahren möglichst viele Kompetenzen an der Basis der Machtpyramide: Bei den Bürgerinnen und Bürgern, bei den Gemeinden und schliesslich den Kantonen. Möglichst wenige Aufgaben delegieren wir an eine ferne Zentrale.

Der liberale Weg ist der bessere, weil er die Macht teilt. Geteilte Macht bedeutet, dass wir alle Verantwortung für uns selbst übernehmen und in der Gemeinschaft allen mit Respekt begegnen.

-Vischer
Fritz Vischer
121015

Kolumne

Zivilgesellschaft

Wieder liegt ein Abstimmungswochenende hinter uns. Über drei Sachvorlagen stimmten wir ab: Zwei davon waren von einem Initiativkomitee getragen, eine von einem Referendumskomitee. Solche Komitees sind Teil der Zivilgesellschaft, die das verästelte Gefüge einer liberalen Demokratie verkittet. Zu diesem Kitt gehören alle Stiftungen und Vereine. Im Zusammenhang mit Politik treten solche Vereine als Parteien, Aktionskomitees, Nichtregierungsorganisationen, aber auch als Verbände und Gewerkschaften auf. Stiftungen verfolgen Förderziele, die dem gesellschaftlichen Wohl dienen, und den Staat entlasten.

Wir dürfen wohl festhalten, dass die Zivilgesellschaft in der Schweiz praktisch das gesamte Spektrum unseres Zusammenlebens abdeckt: Von der Selbsthilfeorganisation über die Politik bis hin zum dörflichen Gesangsverein. Sind spezifische Bedürfnisse zu wenig oder gar nicht berücksichtigt, so dauert es in unserem Lande nie lange, bis sich engagierte Bürger der Sache annehmen. Diese Formen des freiwilligen Zusammenwirkens gehen immer auf die Initiative einzelner zurück. Dank ihnen hat sich das liberal organisierte Gemeinwesen zum Erfolgsmodell entwickelt. Verfassungsrechtlich stützen sich ihre Aktivitäten auf die Versammlungsfreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung. Je mehr wir diese Freiheiten nutzen, desto besser funktioniert unsere Gemeinschaft. Der liberale Weg ist der bessere.

-Vischer
Fritz Vischer
091115